



2012 in Frankfurt am Main:
Von Berufsverbot Betroffene protestieren.

Wir wollen die heutigen Entwicklungen auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen unterstützen, stärken und zum Austausch und der Verbindung mit weiteren demokratischen Bewegungen im Lande beitragen.

Kommt zum Ratschlag!

Arbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung demokratischer Rechte



So geht's zum SAALBAU Bockenheim

▶ ÖPNV

ab U-Bahn-Station Leipziger Straße: Fußweg ca. 5 Min.
ab Frankfurt Hauptbahnhof (Tiefbahnhof): S-Bahn-Linien S3, S4, S5, S6 bis S-Bahn-Station Frankfurt-West, Fahrzeit + Fußweg jeweils ca. 5 Minuten.

▶ PKW

Wir empfehlen, am Bahnhof Frankfurt West zu parken und ca. 5 Minuten zum SAALBAU zu Fuß zurückzulegen.

V.i.S.d.P.: Klaus Lipps, Pariser Ring 39, 76532 Baden-Baden,
k.lipps@posteo.de

Demokratie wageln!

Bundesweiter Ratschlag

5. Oktober 2019

11.00 - 17.00 Uhr

SAALBAU Frankfurt - Bockenheim
Schwälmer Str. 28 / Kurfürstenplatz

Gefährdung der Demokratie durch

- ▶ Rechtsentwicklung
- ▶ Massenüberwachung
- ▶ Kriminalisierung von Seenotrettern
- ▶ Berufsverbote

Wir brauchen

- ▶ mehr Demokratie im Betrieb
- ▶ wirksamen Umwelt- und Klimaschutz



PROGRAMM

10.00 - 11.00 Uhr Anreise
11.00 Uhr Begrüßung
Klaus Stein, Köln

11.20 Uhr **Hauptreferat**
Rolf Gössner, Bremen

Berufsverbote-Politik der 1970iger/80iger Jahre und kein Ende - ein dunkles, nicht aufgearbeitetes Kapitel bundesdeutscher Geschichte

13.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr **Diskussionsrunden** Fishbowls

1. Massenüberwachung, Polizei- und Verfassungsschutzgesetze
F. - J. Hanke, Humanistische Union

2. Demokratie darf nicht am Betriebstor enden!
Andrea Kocsis, ver.di- BuVo

3. Wohin führt die Rechtsentwicklung?
Uli Sander, VVN-BdA

4. Seenotrettung ist kein Verbrechen!
Matthias Maier, Seebrücke

5. Klima-Bewegung gegen Profitinteressen
Asuka Kähler, Fridays for Future

Schlusswort Ausblick
*Klaus Lipps, Baden-Baden,
Sprecher des Arbeitsausschusses
der Initiativen gegen Berufsverbote
und für die Verteidigung
demokratischer Rechte*

Warum jetzt dieser Ratschlag?

Die traditionellen politischen Parteien und ihre Politik haben dramatisch an Zustimmung in der Bevölkerung verloren. Die von ihnen vertretenen politischen und ökonomischen „Eliten“ wirken einerseits hilflos, reagieren andererseits mit einer zunehmenden Einschränkung demokratischer Rechte auf allen Ebenen.

Wir sehen Parallelen zu der Zeit der 70er/80er Jahre, in denen die Herrschenden zum Mittel der Berufsverbote griffen, um das Anwachsen vielfältiger demokratischer Strömungen und Bewegungen v. a. in der jungen Generation einzudämmen und sie einzuschüchtern. Heute sind u. a. die Proteste und Schulstreiks der Schüler*innen, denen sich zunehmend Eltern, Lehrer und Gewerkschaften anschließen, die Seebrücken- und die Mieterbewegung ähnlich bedrohlich für die Herrschenden.

Rückblick

Am 28. Januar 1972 beschlossen die Ministerpräsidenten unter Vorsitz von Bundeskanzler Willy Brandt den berüchtigten sog. Radikalerlass. Angeblich ging es darum, die Demokratie vor ihren Gegnern, sogenannten „Verfassungsfeinden“ zu schützen.

„Verfassungsfeinde“, mit diesem juristisch nicht definierten politischen Kampfbegriff wurden viele Tausende (damals meist) junger Leute diffamiert. Sie wurden bespitzelt, vom Öffentlichen Dienst ausgeschlossen, entlassen oder nicht eingestellt, weil sie sich engagierten z. B. gegen den Vietnamkrieg, gegen die Notstandsgesetze, gegen das Schah-Regime in Persien und das Apartheid-Regime in Südafrika, gegen die aufkommende Massenarbeitslosigkeit, gegen rechtsradikale Umtriebe und die NPD, für eine demokratische Bildungsreform, für echte Gleichberechtigung der Geschlechter usw., usw..

Heute

Unsere seit 2012 neu entstandenen Initiativen arbeiten seither dafür, dass die persönlichen und gesellschaftlichen Folgen und das Unrecht der Berufsverbote aufgearbeitet und die Betroffenen rehabilitiert und entschädigt werden.